

Ressort: Politik

Justizministerin fordert bundesweite Kontrollen der Asylbescheide

Berlin, 27.05.2018, 04:12 Uhr

GDN - Bundesjustizministerin Katarina Barley fordert angesichts der Missstände beim Flüchtlingsbundesamt (BAMF) bundesweite Kontrollen der Asylbescheide. "Ich würde mir wünschen, dass stichprobenartig generell und überall in Deutschland Asylbescheide überprüft werden. Diese Maßnahme könnte helfen, Vertrauen wiederherzustellen", sagte Barley der "Bild am Sonntag".

Ein Generalverdacht gegen alle Mitarbeiter des BAMF sei allerdings fehl am Platz. Ihrem Kabinettskollegen, Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), traut die Justizministerin die Aufklärung des Skandals zu: "Man muss ihm eine Chance dafür geben. Er ist ja erst seit gut zwei Monaten im Amt." Gleichzeitig drängt sie auf zügige Maßnahmen: "Ich erwarte aber schon, dass Seehofer die Missstände beim BAMF umfassend aufklärt und Strukturen schafft, die eine Wiederholung unmöglich machen." Das Land brauche "jetzt rasch Klarheit, was beim BAMF schiefgelaufen ist". Die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen und Tausende Bescheide nochmals überprüft werden. Barley zeigte sich aber überzeugt, dass die Kontrollmaßnahmen greifen werden: "Die Selbstreinigungskräfte des Staates funktionieren." Mit Blick auf Josefa Schmid, der ehemaligen Leiterin der BAMF-Außenstelle in Bremen, die die Missstände aufklären wollte und gegen ihren Willen versetzt wurde, kündigte Barley einen besseren Schutz für Whistleblower an. Der Fall von Josefa Schmid sei leider kein Einzelfall. In vielen Fällen, wo Menschen Fehler anprangerten, müssten sie die Konsequenzen tragen und nicht diejenigen, die die Missstände verursacht hätten. Barley: "Wir wollen den Schutz dieser Whistleblower verbessern. Wer auf echte Missstände hinweist, darf nicht länger als Denunziant gelten. Wir brauchen dafür neutrale Stellen, die die Vorwürfe prüfen. Whistleblower müssen vor negativen Folgen wie einem Arbeitsplatzverlust geschützt werden."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-106734/justizministerin-fordert-bundesweite-kontrollen-der-asylbescheide.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619